



Vertreter der ELN und der kolumbianischen Regierung geben 2016 den Beginn von formellen Friedensgesprächen bekannt (Foto mit freundlicher Genehmigung des Hochkommissariats für den Frieden in Kolumbien)

KOLUMBIEN

Friedensprozess in Gefahr?

Referent: Knut Henkel

(Politikwissenschaftler, freier Korrespondent,
Themenschwerpunkt Lateinamerika)



Veranstalter:
Nicaragua-
Forum Heidelberg



Heidelberger
Friedensratschlag

Fr. 09.03.18, 19:30 Uhr

Welthaus Heidelberg

Am Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz 5

Kolumbien – Friedensprozess in Gefahr?

Seit Mitte der 1960er nahm die FARC-Guerilla als bäuerliche Selbstverteidigungsgruppe gegen Landraub den bewaffneten Kampf gegen Regierung und Großgrundbesitzer auf. In den 80er Jahren eskalierte der Konflikt, als verstärkt auftretende paramilitärische Gruppen im Auftrag von Großgrundbesitzern eine gewaltsame Landumverteilung betrieben, vielfach wurden sie von staatlichen Sicherheitskräften geduldet oder offen unterstützt.

Der Guerillakrieg forderte etwa 220.000 Menschenleben, ca 7 Mio. Menschen wurden vertrieben.

Der Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla ist seit 2012 über Jahre ausgehandelt und im September 2016 in Havanna unterzeichnet worden. Im Oktober 2016 wurde dieser Vertrag in einem Referendum durch die kolumbianische Bevölkerung knapp abgelehnt. Eine durch Nachverhandlungen überarbeitete Fassung wurde jedoch durch den Kongreß bestätigt und ist am 1. Dezember 2016 in Kraft getreten.

Daraufhin hat die FARC ca. 7.000 KämpferInnen in 26 Übergangszonen zusammengezogen und fast alle von ihnen haben ihre Waffen niedergelegt, so daß die Beobachtermision der UNO die Demilitarisierung im August vergangenen Jahres für beendet erklären konnte. Seit September 2017 beobachtet eine neue UN-Mission die Reintegration der ehemaligen Rebellen.

Es wurden zahlreiche Dekrete und Gesetze verabschiedet, um den Friedensvertrag umzusetzen; die wichtigsten betreffen:

- die Schaffung einer gemeinsamen Kommission von Regierung und FARC zur Überprüfung der Umsetzung des Friedensvertrags,
- ein Amnestiegesetz für FARC-KämpferInnen, sofern sie keine schweren Menschenrechtsverletzungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben,
- die Schaffung eines umfassenden Systems zur Aufarbeitung der Vergangenheit mittels einer Wahrheitskommission, einer Sondereinheit zur Suche nach Verschwundenen und eine „Sondergerichtsbarkeit für den Frieden“(JEP).

Aktuell ist die Umsetzung des Friedensvertrags ins Stocken geraten, insbesondere die Umsetzung der Speziellen Rechtsprechung hakt. In vormalig von der FARC kontrollierten Regionen ist ein Machtvakuum entstanden und der Staat ist dort vielfach nicht präsent, um für Sicherheit zu sorgen. So kam es zu einer besorgniserregenden Zunahme von Morden an sozialen AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen durch Paramilitärs.

Im März 2018 werden Kongreßwahlen stattfinden und die FARC beteiligt sich als politische Partei (Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común-Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes). Kurz danach, im Mai werden Präsidentschaftswahlen stattfinden und dann wird sich entscheiden, ob ein Kandidat oder eine Kandidatin gewinnt, der/die sich zum Friedensvertrag bekennt.

Der Politikwissenschaftler und freie Journalist Knut Henkel aus Hamburg referiert am 9. März im Welthaus HD (Am Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz 5), 19.30 Uhr zum Thema. Ende 2017 war er selbst vor Ort und hat mit vielen Betroffenen gesprochen. Anhand einer Bildpräsentation wird er seine Eindrücke (vor allem aus der Region CAUCA, in der die Guerillagruppe FARC aktiv war) schildern und eine Einschätzung zu Stand und zur Perspektive des Friedensprozesses geben.



Foto aus der Zeit des Bürgerkrieges in Kolumbien